

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Keinen Organisationszwang!

Je größer die Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist, desto kräftiger kann er für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Metallgewerbe eintreten. Darum ist es selbstverständlich, daß alle einsichtsvollen Verbandsmitglieder, mögen sie vom Verbandsangehörigen oder nicht, danach streben, dem Verbandsangehörigen soviel wie möglich neue Mitglieder zuzuführen. Auch die Unternehmer haben längst erkannt, wie sehr sie ihre Stellung stärken können durch die Organisation, und wir haben gesehen, daß sie selbst nicht vor Zwangsmaßnahmen zurückschrecken, um Unternehmer kirre zu machen, die sich der Organisation nicht anschließen wollten. Bei den Unternehmern ist es leichter möglich, solche Zwangsmittel anzuwenden, weil ihre Zahl kleiner ist und sie darum leichter unter Aufsicht zu halten sind.

Schwieriger ist es jedoch, unsolidarisch gesinnte Arbeiter durch Zwang bei ihrer Gewerkschaft zu halten. Wer nicht aus voller Ueberzeugung und mit ganzem Herzen bei unserer Sache ist, auf den ist kein Verlaß, besonders dann, wenn schwere Zeiten kommen und Opfer von den Verbandsmitgliedern gefordert werden. Und wenn auch die deutsche Arbeiterschaft durch ihre Revolution im November 1918 einen mächtigen Schritt vorwärts getan hat, so sind, wie hier schon öfter ausgeführt worden ist, die Gewerkschaften noch keineswegs überflüssig geworden und es kann immer noch vorkommen, daß die Gewerkschaften gezwungen sind, alle ihre Machtmittel anzuwenden, um das Wohl ihrer Mitglieder wahrzunehmen. In solchen Fällen hat es keinen Wert, wenn unter diesen sich auch Kollegen befinden, die sich nur gezwungenermaßen aufnehmen lassen und auf die erste beste Gelegenheit warten, wo sie ihren kämpfenden Arbeitsbrüder in den Rücken fallen können.

Darum wollen wir nach wie vor für die Ausbreitung und Verstärkung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werben; wir wollen aber keine Zwangsmaßnahmen gegen solche Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen anwenden, die sich unseren Reihen nicht anschließen wollen. Wer nicht aus Ueberzeugung zu unserm Verbandsangehörigen kommt, der bleibe ihm lieber fern.

Es ist zwar verständlich, daß Verbandsmitglieder in diesem Punkte anderer Meinung sind. Sie hegen einen gerechten Groll gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die der Verband erringt, sich sehr gerne gefallen lassen, ohne auch nur das geringste Opfer dafür zu bringen, die da ernten, ohne gesät zu haben. Selbstverständlich dürfen wir kein Mittel unversucht lassen, solche Leute aufzuklären und ihnen nachzuweisen, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch vollkommener sein könnte, wenn auch sie in die Reihen ihrer kämpfenden Arbeitsbrüder eintreten. Einen Zwang auf solche Leute auszuüben, hat aber, wie gesagt, keinen Wert. So etwas überlasse man besser den Gelben. Wie diese es an manchen Stellen getrieben haben, davon weiß ein Teil unserer Verbandskollegen ein Lied zu singen.

Mit diesen Ausführungen wollen wir aber durchaus nicht sagen, daß die erfreuliche Zunahme unserer Mitgliederzahl in letzter Zeit ganz oder zum Teil nur Zwangsmaßnahmen zuzuschreiben sei. Wohl aber rührt der Mitgliederzuwachs zum großen Teile daher, daß alte Schranken gefallen sind. Schon vor der politischen Umwälzung kam es soweit, daß die Unternehmer in der Schwerindustrie die Gewerkschaften als berufene Vertreterinnen ihrer Mitglieder anerkannten. Dadurch ist es den Gewerkschaften möglich geworden, offen und mit größerem Nachdruck für ihre Mitglieder einzutreten. Aber auch das einzelne Gewerkschaftsmitglied kann jetzt sich offen zu seinem Verbandsangehörigen bekennen, ohne Maßregelung befürchten zu müssen. Dies hat natürlich sehr dazu beigetragen, unsere Reihen zu stärken.

Es ist aber ein Naturgesetz, daß mit der Masse auch die Anziehungskraft steigt. Eine Gewerkschaft, die nur einen geringen Teil ihrer Berufsangehörigen umfaßt, ist wenig geeignet, die Fernstehenden zum Beitritt anzulocken. Diese Erfahrung hat auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den ersten Jahren seines Bestehens machen müssen. Je mehr aber seine Mitgliederzahl stieg, desto stärker wurde auch sein weiterer Fortschritt, weil die ihm innewohnende natürliche Werbekraft ganz von selber wuchs.

Jetzt ist die Zeit zur weiteren Stärkung unserer Mitgliederzahl so günstig wie noch nie. Benutzen wir sie, um unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären. Aber auch die Kollegen und Kolleginnen, die unsern Verband schon angehören, dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Es gilt, ihre Kenntnisse vom Gewerkschaftswesen zu vertiefen. Je ausgeklärter unsere Verbandskollegen sind, desto bessere Mitarbeiter werden sie im gewerkschaftlichen Kampfe sein. Unorganisierte und Unaufgeklärte sind ein böses Gemisch für die Befreiung der Arbeiterklasse. Wir haben es ja in den letzten Wochen erlebt, daß solche wohl imputierten und milden Streiks zu folgen und sich an Putzschichten und milden Streiks zu beteiligen. Auf diese Weise werden wir aber vom Kapitalismus nicht loskommen, dazu bedarf es geschulter Kämpfer. Dazu ist nicht nur eine gründliche politische, sondern auch eine gründliche gewerkschaftliche Schulung aller Arbeiter und Arbeiterinnen notwendig.

Arbeiten wir in diesem Sinne weiter, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

### Eine neue große Arbeitsgemeinschaft

Fast unbemerkt hat sich in der ersten Hälfte des November 1918 die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft der großen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften einschließlich der Verbände der Angestellten vollzogen. Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft ist nach der von einem vorläufigen Zentralausschuß aufgestellten ebenfalls vorläufigen Satzung:

„Die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten.“

Das ist ein viel umfassendes Programm, das schon seit Kriegsbeginn die Gewerkschaften lebhaft beschäftigt und Anträge von ihnen an die Arbeitgeberverbände auf Errichtung von Arbeitsgemeinschaften gezeitigt hat. Auch unser Verband hat sich durch den Vorstand im Frühjahr 1915 mit einem solchen Antrage an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gewandt, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Die zwölftägige Generalsammlung in Berlin 1915 hat diesen vom Verbandsvorsitzenden in seinem Vortrage über die sozialen Aufgaben während des Krieges entwickelten Plan einmütig gutgeheißen. Die Verhältnisse schienen damals noch nicht reif, sie waren es auch später nicht. Doch im letzten Frühjahr hat sich unser Verband mit einem erneuten Antrage an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gewandt und wie früher eine Abzage erhalten.

Daß der Gedanke dann einige Monate später von den Unternehmern selbst aufgegriffen und in gemeinsamen Beratungen mit einigen Gewerkschaften vermittelnd wurde, ist an sich erfreulich, vermag aber die inzwischen nutzlos verstrichene Zeit nicht wieder einzubringen. War viele Hindernisse hätten in der Zwischenzeit überwunden werden, eine festgefügte Vertretung von Industrie und Gewerbe hätte bestehen und die Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft selbst vornehmen können. Wie wir es so oft im Kriege erlebt haben, ist es auch hier gegangen. Eine an sich nützliche und wertvolle Maßnahme wird erst getroffen, wenn es fast zu spät ist. Erst rund um das organisierte Unternehmertum herum mußte soziale Erkenntnis weitere Kreise ergreifen, mußte zu Vorschlägen für gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und des gewerblichen Schlichtungswesens führen und die Aussichten für ein Arbeitskammergesetz wesentlich verbessern, ehe sich das organisierte Unternehmertum zur Aufgabe seines Widerstandes entschloß. So kam es denn, daß die erste Kundgebung der neuen Arbeitsgemeinschaft das Licht der Welt erblickte, als die Verhältnisse bereits durch die Revolution überholt schienen und dadurch der Eindruck entstand, als sollte diese selbst gebannt oder weiteren Lohnforderungen vorgebaut werden. Auch dies hätte bei früherer Verwirklichung des erst später anerkannten Gedankens vermieden werden können. Nicht zu gedenken der Wirkungen, die eine frühere Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Vertrauensmänner als Arbeiterausschußmitglieder oder Arbeitervertreter bei den häufig recht willkürlichen Eingriffen zum Heeresdienst hätte auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ausüben können.

Gerade das Inlebenstreten der Arbeitsgemeinschaft im Augenblicke des Zusammenbruchs der militärischen und politischen Macht Deutschlands ließ das an sich nicht unbedeutende Ereignis unter der Fülle der einander jagenden hochpolitischen Geschehnisse völlig verschwinden, verlor seine Bedeutung unter dem gewaltigen Erleben der deutschen Revolution. Die Arbeitsgemeinschaft selbst, die sich die Regelung auch der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Aufgabe gestellt hat, hat sich auf dem ihr eignen Gebiete bisher so gut wie gar nicht zu betätigen vermocht. Das spricht aber keineswegs gegen sie und ihre Zweckmäßigkeit. Der ihr zugrunde liegende Gedanke ist an sich zwar nicht neu, seine Verwirklichung erwartet aber ein Maß von Verständnis und Einsicht, wie es heute in beiden Lagern noch nicht allgemeingültig geworden ist.

Das oben wiedergegebene allgemeine Programm setzt Organisationen voraus. Soweit solche vorhanden sind, sollen sie sich ohne Zwang in die Arbeitsgemeinschaft einfügen. Soweit keine Organisationen bestehen, was zumeist bei den Unternehmern der Fall sein dürfte, wird das Beispiel erspriechlicher Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft zur Errichtung von Organisationen anzuwenden. Also nicht Neuorganisation, sondern Zusammenfassung bestehender Organisationen bedeutet die Arbeitsgemeinschaft. Einfach liegen die Verhältnisse für die Arbeiter. Ihre Verbände sind Kampfes- und wirtschaftliche Organisationen zugleich. Allerdings besaßen sie sich bisher nur mit Fragen, die ihre Mitglieder unmittelbar betrafen, mit Lohn- und sonstigen Fragen des Arbeitsverhältnisses. Anders bei den Unternehmern, sie sind in rein gewerkschaftliche und rein wirtschaftliche Verbände gegliedert. Diese wie jene werden zwar häufig von denselben Köpfen geleitet, ihre Arbeitsprogramme sind aber vollkommen voneinander getrennt. Will die Arbeitsgemeinschaft ihr Programm erfüllen, so muß sie sich auf beide Arten Vereinigungen stützen können. Der organisatorische Aufbau gestaltet sich so.

Die Grundlage der Arbeitsgemeinschaft ist die Fachgruppe. Sie ist die zentrale Zusammenfassung der organisierten Unternehmer und Arbeiter eines Industrie- oder Gewerbebezuges zu einer Arbeitsgemeinschaft. Zur Fachgruppe gehören also ohne weiteres alle Arbeitgeber- (Unternehmer-Gewerkschafts-), alle wirtschaftlichen Unternehmer- und alle gewerkschaftlichen Arbeiterverbände, die das Abkommen anerkannt haben. Aus der zentralen Fachgruppe wird ein Fachgruppenausschuß gebildet, dessen Größe die Fachgruppe selbst bestimmt. Der Fachgruppenausschuß ist die Vertreter-(Samp- oder General-)Versammlung der Fachgruppe, gleichzeitig ihr Verbandsrat. Der Fachgruppenausschuß wählt aus seiner Mitte einen Fachgruppenverband, und dieser bildet die Leitung und den Arbeitsausschuß der Fachgruppe. Fachgruppenausschuß und Vorstand sind wie alle Organe der Arbeitsgemeinschaft zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammenzusetzen. Jede der beiden Gruppen ist in gleicher Weise am Vorsteher beteiligt, wählt aber ihre Vertreter für sich allein aus ihrer Mitte.

Die zentrale Fachgruppe kann sich wieder nach unten gliedern in Untergruppen auf sonderfachlicher, bezirklicher oder örtlicher Grundlage. Auch diese Untergruppen bilden aus sich einen Untergruppenausschuß und Vorstand, die ebenfalls zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammenzusetzen werden. Der Vorstand der Untergruppe dürfte die Stelle sein, die die Vertreter zum Ausschuß der zentralen Fachgruppe ernannt, sofern nicht der Untergruppenausschuß sich das Recht der Ernennung vorbehalten sollte.

Die Zusammenfassung der Untergruppen und der zentralen Fachgruppen erfolgt durch den Zentralausschuß. Dieser besteht aus gewählten Vertretern der Fachgruppen nach einem bestimmten Wahlverfahren. Die vorläufige Satzung sieht auf je 100 000 in der Industrie oder im Gewerbe beschäftigte Arbeiter je einen Vertreter der organisierten Unternehmer und Arbeiter vor. Eine überschneidende Zahl von mindestens 50 000 beschäftigten Arbeitern berechtigt zu einem weiteren Vertreter. Fachgruppen mit weniger als 100 000 beschäftigten Arbeitern können zwecks Wahl von Zentralausschußmitgliedern zu einem Wahlkörper vereinigt werden.

Ueber ihre nächsten Aufgaben hat sich die Arbeitsgemeinschaft am 15. November 1918 in einer Kundgebung ausgesprochen (siehe Nr. 47 der Metallarb.-Ztg., Seite 187). Neben der Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Arbeitervertretungen und Aufgabe der Wirtschaftsfriedlichen durch die Unternehmer verpflichtete sie sich zu gemeinsamer Arbeit für:

- den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge,
- die Schlichtung von Streitigkeiten aus der Regelung der Arbeitsbedingungen,
- die Durchführung des Achtstundentages ohne Verdienstförmigerung,
- die Wiedereinstellung der Heeresangehörigen und
- für die Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschäftigten zu treffenden weiteren Maßnahmen.

Für einen großen Teil dieser Maßnahmen sind auf Unternehmerseite in erster Linie die reinen Arbeitgeberverbände (Unternehmergewerkschaften) zuständig. Das waren sie bisher auch und daran wird durch die Arbeitsgemeinschaft nichts geändert. Genau so wie früher wird zwischen den beiden Gewerkschaften der Unternehmer und Arbeiter auf Grund von Verhandlungen eine Vereinbarung zu erzielen versucht werden müssen. Das ist auch bereits mehrfach geschehen. Da, wo keine Verständigung erzielt werden kann oder keine Unternehmergewerkschaft besteht, hat als Vermittlungsstelle der Untergruppenverband oder -ausschuß und statt dessen der Fachgruppenverband eingzugreifen. Die Anregung muß aber bei der Durchführung der zwischen den Zentralen getroffenen Vereinbarungen stets bei den Arbeitergewerkschaften liegen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie einen bisher nicht organisierten Unternehmer in deren Organisation hineinziehen. Dieses Nebenergebnis stellt gegenüber dem Hauptergebnis der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse keinen Nachteil dar, verzögert im Gegenteil die Gewähr für Durchführung einer getroffenen Vereinbarung.

Etwas anders liegt die Sache mit der Durchführung des letzten Punktes des aufgestellten Programms. Für die Durchführung der Demobilisierung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und selbst gar schon für die Wiedereinstellung von Heeresangehörigen kam die Arbeitsgemeinschaft der Mithilfe der rein wirtschaftlichen Unternehmerverbände nicht entzaten. Der Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft ist abhängig vom Wiederaufbau der Wirtschaft überhaupt und dieser wiederum von der allgemeinen Marktlage. Diese übersehen aber die wirtschaftlichen Verbände besser als die reinen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. Das gleiche gilt von der Versorgung mit Rohstoffen und Betriebsmitteln. Es ist daher kein Zufall, wenn die Arbeitsgemeinschaft auf diese Dinge Einfluß zu gewinnen sucht. Das geschieht durch Heranziehung der wirtschaftlichen Unternehmerverbände und durch Einwirkung auf die behördlichen Organe, denen die Demobilisierung der Kriegswirtschaft und die Verwaltung der Rohstoffe, namentlich der sogenannten Sparsstoffe obliegt.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat für die durch die Arbeitsgemeinschaft angebotene Sachverständigenberatung volles Verständnis gezeigt und für alle Industrien und Gewerbe, die für die erste Zeit der Uebergangswirtschaft, die Zeit der Demobilisierung wichtig sind, Sachauschüsse nach Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft berufen. Auch diese Sachauschüsse, die zumeist Fachgruppenverbände oder -ausschüsse der Arbeitsgemeinschaft sind, sind gleich stark durch Unternehmer und Arbeiter besetzt. Ihren Aufgabekreis hat der Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung in folgenden Fragen in einem Vortrage zusammengefaßt:

1. Möglichkeit der Arbeiterbeschäftigung auf weiterer Grundlage in nächster Zeit?
2. Inwiefern sind der Industrie und dem Gewerbe Aufträge von öffentlichen Behörden und Körperschaften gegeben und muß da nachgeholfen werden?
3. Wie ist die Stimmung in der in Betracht kommenden Kreise? — Haben die Arbeitgeber auch Mut, die Arbeit aufzunehmen, wo das Reich allein nicht helfen kann?
4. Was kann geschehen, um bei etwa mangelnden Rohstoffen die Arbeit möglichst zu strecken?
5. In welcher Weise kann ein Ausgleich zwischen gut und mangelhaft beschäftigten Industrien und Gewerben erfolgen?

Ferner sollen die Sachauschüsse kontrollieren, ob die Umstellung der Kriegs- in die Friedensindustrie zweckmäßig erfolgt. Sie sollen bei den großen Auftraggebern, Post und Eisenbahn, dahin wirken, daß ihre Aufträge den Zeitverhältnissen entsprechend nicht auf lange Zeit vergeben werden, sondern möglichst in die Breite gehen, um recht viele Arbeiter gerade jetzt beschäftigen zu können. Bei der Verteilung von Rohstoffen und Hilfsstoffen (Treibriemen, Oelen und ähnlichem) sollen die Sachauschüsse mitwirken, ebenso bei Beratungen über die zweckmäßigste Verwertung des aus dem Felde zurückkommenden Materials.

Danach erwählt der Sachausschüssen die Aufgabe der Beschaffung öffentlicher Aufträge und ihre Verteilung nach dem Gesichtspunkt, daß möglichst viel Hände Arbeit bekommen. Der zum Beispiel jetzt so fühlbare Mangel an Transportmitteln kann nur behoben werden durch Herstellung vieler Lokomotiven. Diese wurden bisher in bestimmten Dosen auf bestimmte Zeit vergeben. Jetzt ist erforderlich, daß die Vergabe in größerer Anzahl auf kürzere Zeit erfolgt. Während die frühere Jahresherstellung gutgerechnet vielleicht 4000 Stück betrug, wird man vielleicht versuchen müssen, im halben Jahr 3000 Stück herauszubringen. Das kann geschehen durch Zerlegung der Arbeit und Verteilung der Bestandteile auf möglichst viele Fabriken, jedoch den eigenlichen Lokomotivfabriken nicht viel mehr als die Montage verbleibt. Ob dieser Weg der richtige ist und welcher andre etwa zum Ziele führen könnte, das zu prüfen und festzustellen ist Sache des Sachausschusses. Bei Privataufträgen liegt die Sache ja wesentlich anders. Deren Uebernahme hängt wesentlich von den vorhandenen Möglichkeiten ab. Ihre Vergabe darf während der Demobilisationszeit nicht ausschließlich nach dem Gesichtspunkt erfolgen, ob das daraus zu fertigende Erzeugnis wirtschaftlich nützlich oder notwendig ist, sondern es muß auch in Betracht gezogen werden, ob möglichst viel Arbeitskräfte daran beschäftigt werden können. So wird man das heute so seltene Kupfer anstatt es zu Feuerbüchsen für Lokomotiven zu verwenden, sehr wahrscheinlich der Elektrotechnik oder der Metallindustrie zuführen, trotzdem Feuerbüchsen sicher kein Luxusgegenstand sind. Die Bearbeitung all dieser Verwendungen, und Verwertungs-möglichkeiten liegt den Sachausschüssen ob. Den Arbeitern in ihnen fällt die sehr wichtige Aufgabe zu, den Arbeiterstandpunkt auf Grund eigener praktischer Erfahrung zur Geltung zu bringen. Nun sie das, so nützen sie nicht nur ihren Berufsangehörigen, sondern sie üben auch gleichzeitig die bei der Verteilung von Rohstoffen und Arbeit notwendige Kontrolle aus. Sie verhindern die von vielen Seiten, nicht etwa nur im Arbeiterlager, befürchtete Bevorzugung eines Teils der Unternehmer durch ihre Freunde.

Damit ist nur ein Teil der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft gestreift. Wesentlich für den Aufbau der Wirtschaft sind die Friedensbedingungen. Von ihnen hängt auch das soziale Wohlergehen ab. Gemeinheitsarbeit kann auch hier Erfolge erzielen. Der bei uns eingeführte Achtstundentag wird im Lande weniger Ansehens begegnen, wenn auch das mit uns im Wettbewerb befindliche Ausland ihn einführt und dies in den Friedensverträgen ihm zur Pflicht gemacht wird. So wie hier steht es mit der Arbeiterjugendgesetzgebung und der Sozialpolitik überhaupt. Aber auch an der Erleichterung der Einfuhr von Rohstoffen und der Ausfuhr von Fertigerzeugnissen sind wir als Arbeiter interessiert. Hieron hängt Schaffung von Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten ab. Und selbst in Fragen, die das Arbeitsverhältnis nicht unmittelbar betreffen, wird die in der Arbeitsgemeinschaft liegende Strohkraft auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Der Zentralausschuß stellt gleichsam ein auf freier Selbstbestimmung beruhendes Industrie- und Gewerbeparlament dar. Dieses aus Unternehmern und Arbeitern gleich stark bestehende Parlament wird mit viel größerer Macht seine Stimme erheben können, als es jede Gruppe für sich tut. Die immerhin nicht schwache Vertretung der Arbeiterschaft in den Parlamenten bürgt auch dafür, daß etwaige Beschlüsse des Zentralausschusses nicht ohne weiteres verfallen.

Selbstverständlich eröffnen sich der Arbeitsgemeinschaft noch weitere Aufgaben. Was in obigen angedeutet wurde, ist in der Hauptsache Gegenwartsarbeit. Von der Entwicklung unserer außen- und innenpolitischen Verhältnisse wird auch die Arbeitsgemeinschaft und ihre Entwicklung abhängen. Auch diese können die Arbeiter im Zusammenwirken mit den Unternehmern beeinflussen. In der Arbeitsgemeinschaft dürfen die Arbeiter sich nicht etwa als Schuldete fühlen, sie dürfen nicht die Rolle des Amboches spielen, sondern sie müssen auch Hammer sein. Der Aufbau der Arbeitsgemeinschaft gestaltet das. Er gibt auch die Möglichkeit der regen Betätigung für den Mann aus der Praxis, aus der Werkstatt und den Betrieben, aus Nord und Süd und Ost und West. Gerade hierin liegt die Möglichkeit des Ausgleiches und der Berücksichtigung der verschiedenen Interessen der Unternehmer und der Arbeiter sowie der verschiedenen Teile jeder einzelnen Gruppe unter sich. Die heutigen Verhältnisse erschweren leider diesen Ausgleich und die Berücksichtigung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete des Reichs und der dieses bildenden Bundesstaaten. Die Verhältnisse werden aber auch früher oder später einmal behoben werden und dann wird die Arbeitsgemeinschaft in großem Maßstabe ihren Aufbau durchführen und vollenden. Bis dahin heißt es aber, sich mit dem Gedanken befassen und seiner Ausbreitung die Wege ebnen.

Ist die Arbeitsgemeinschaft auch nicht durch die Revolution veranlaßt, so ist sie doch ein Stück von ihr. Wie diese als reife Frucht den politischen Ueberbau über dem wirtschaftlichen Unterbau angestrichen hat, und wie diese reife Frucht der sorgsamsten Pflege über die Jugendjahre der ersten Entwicklung bedarf, bedeutet auch die Arbeitsgemeinschaft einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft und ist keineswegs durch die Ereignisse der Revolution überholt. Wie diese bedarf auch sie der verständnisvollen Pflege durch alle Beteiligten. Nur dann, aber auch nur dann werden beide ihre Aufgabe erfüllen und das Wort vollenden, das an dem Verfall eines namhaften Großindustriellen des westlichen Industriegebietes steht:

Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.

### Die Kohlennot

Der Stahlwerksverband hat die Eisenpreise für neue Abschlässe wieder erhöht und dies mit den gesteigerten Erzeugungskosten zu rechtfertigen gesucht. Dabei wurde auch von „unvernünftigen“ Lohnforderungen geredet. Solche Kennzeichnungen sind ja im allgemeinen nicht tragisch zu nehmen, da dem kapitalistischen Unternehmertum alles unvernünftig vorkommt, was die Mehrwertsumme zu verkleinern droht. In bestimmten Fällen müssen natürlich die Löhne den geprüften werden, nicht wegen des Kapitals, sondern wegen des wertaktiven Volkes. Freilich: wenn der Stahlwerksverband in seinem letzten Geschäftsbericht (Rhein-Westfälische Zeitung Nr. 1030 vom 19. Dezember 1918) erklärte, die verschiedenen vor dem Kriege erfolgten behördlichen Erhebungen über den Stahlwerksverband hätten erwiesen, daß seine Preispolitik einwandfrei gewesen sei, daß er stets preisausgleichend gewirkt und Auswüchse verhindert habe, dann ist dies mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Es liegt vielmehr in der kapitalistischen Natur der Dinge, daß Kartelle und Ringe eine „Regelung“ und „Ausgleichung“ immer nur im engen Interesse ihrer finanzbeteiligten Mägen und Sippen vornehmen und ungezwungener Weise keineswegs darüber hinaus im allgemeinen Volksinteresse, ja nicht einmal im Interesse „fremder“ Kapitalgruppen!

Ueber weitere Zusammenschlußbestrebungen heißt es im Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes:

„Die Bestrebungen, alle Metallwerkzeugnisse in einem allgemeinen Mantelverband, dem Deutschen Stahlbund, zu vereinigen, haben auch während der Kriegszeit niemals ganz geruht, sind aber vorläufig wieder unterbrochen worden, weil der Wunsch besteht, zunächst eine Klärung der Verhältnisse abzuwarten, die eine einigermaßen zuverlässige Beurteilung der zukünftigen Entwicklung gestattet. Allgemein ist aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit nicht nur der Erhaltung der Einzelverbände, sondern auch der weiteren Ausgestaltung auf breiter Grundlage, um durch die Zusammenfassung der Einzelkräfte den wirtschaftlich größtmöglichen Erfolg zu erreichen.“

Nun aber droht der deutschen Eisendindustrie neben der Abschmierung wichtiger Rohmaterialquellen auch die Kohlennot gefährlich zu werden. Ernst warnend bringen die Notrufe wegen des Rückganges der Kohlenförderung ins Land. In einem Aufsatz der Rhein-Westf. Zeitung (Nr. 1007, 1918): Der Ruhrkohlenmarkt unter dem Einfluß der Revolution, heißt es: „Wie gelähmt steht das deutsche Volk vor den Scherben seiner einstigen Größe und läßt teilnahmslos alles über sich ergehen ohne recht zu wissen, wie es sich den Ereignissen gegenüber verhalten soll. Die revolutionäre Entwicklung geht darauf aus, die Ideale des sozialistischen Programms auf wirtschaftlichem Gebiete möglichst rasch in die Tat umzusetzen. Sozialisierung des Kapitals, Höchstlohn und Achtstundentag sind die Lösungsworte und die Begehrlichkeiten auf dem Gebiete wächst mit jedem Tag. Man vergißt ganz, daß in der augenblicklichen Uebergangszeit unser Wirtschaftsleben jedwögliche Rücksicht und Schonung verlangt, um nicht ganz aus den Fugen zu gehen. Zu welchen Resultaten wir kommen müssen, wenn wir auf diesem Wege weitererschreiten, das zeigt sich deutlich am Kohlenmarkt, der unter dem Druck der Verhältnisse eine derartig rückläufige Bewegung genommen hat, daß unsere ganze Kohlenversorgung in Frage gestellt ist, wenn die Verhältnisse nicht bald eine Umkehrung erfahren.“

Da wurde dann von einem täglichen Förderausfall von etwa 100 000 Tonnen geredet, der allein durch die vorgetragenen Streiks nicht erklärt werden könne. Von anderen Ursachen wurden folgende erwähnt:

„Ungünstig beeinflusst wurde die Förderung auch durch das plötzliche Ausschneiden der Kriegsgefangenen, für die Ertrag nicht sofort beschafft werden konnte, da die von der Front heimkehrenden Bergleute nur langsam zu ihrer Arbeitsstelle zurückkehren. Es handelt sich hierbei etwa um 50 bis 60 Tausend Gefangene, für die es an Ertrag mangelt. Der Rückgang der Förderung, wie er sich nach den obigen Zahlen herausgebildet hat, beträgt demnach im November bis Dezember gegenüber den letzten Kriegsmonaten täglich zirka 120 000 Tonnen oder prozentual 33 Prozent. Auf eine Steigerung wird ver-mutlich erst dann wieder zu rechnen sein, wenn die Belegschaften ausreichend ergänzt und in den politischen Verhältnissen wieder größere Ruhe eingetreten ist, die auf die Leistungsfähigkeit günstiger einwirken kann. Einstweilen dürfte unsere Kohlenversorgung recht schwierig bleiben, da besonders auch die Verkehrsverhältnisse wieder sehr mäßig sind und der Abtransport nicht regelmäßig vor sich gehen kann. Die heutige Tagesförderung schwankt zwischen 13 bis 14 000 gegen-über 20 bis 25 000 im Kriege.“

In den Ausführenden der Bergarbeiter ist zu bemerken, daß es sich meist um Arbeitergruppen handelte, die der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Erziehungsbildung bisher weniger zugänglich waren. Die Extreme berührten sich wieder einmal, wie es so oft im Leben ge-schieht: die für eine beharrliche, methodische Gewerkschaftsarbeit bisher keinen Sinn behandelten und deshalb von den Unternehmern früher gelobt und geschätzt wurden, schlugen nun, der alten Feiten ledig, wild und oft unsinnig um sich. Sie erkannten nicht, daß, wie leicht auch die Gedanken wohnen, sich doch oft erst im Klammern die Sachen lösen und daß keineswegs schon bald Wirklichkeit wird, was der Gedanke ausspricht und der Wille vornimmt. Dies kann sich auch sonst noch in diesen Tagen der Unrast oft erweisen, wo alles so eindringlich an das Wort des Reigen erinnert: „Das alles fließt!“

Nun haben sich — es wurde zum Beispiel von Düsseldorf gemeldet — auch die Organisationen der Metallarbeiter eindringlich mahnend an die Bergarbeiter gewandt, das Vermeidbare zur Abstellung der Kohlennot zu tun. Die Bergarbeiter wandten sich vielfach mit Eifer dagegen, als auf einer Konferenz von Regierungsbekörden auch ihrer Lässigkeit und ihrem mangelnden guten Willen die Mitschuld an dem Förderrückgang zugeschoben wurde. Dagegen wurde angeführt, daß die Betriebseinrichtungen, vor allem die Maschinen und Transportmittel in sehr schlechtem Zustande wären, daß es an Öl zum Schmieren mangle, daß die körperliche Leistungsfähigkeit bei der schweren Arbeit infolge der langandauernden mangelhaften Ernährung immer mehr zurückgehe und daß auch der Wegfall der Gefangenenarbeit entsprechend wirke. So seien viele Bergleute, die bisher als Hauer gearbeitet, als Ersatz für die Gefangenen mit Arbeiten über Tage beschäftigt worden. Daneben wurden auch Stimmen laut, die darauf verwiesen, daß manche Unternehmer absichtlich lässig vorgehen, um der neuen Regierung, die sie nicht leiden möchten, Schwierigkeiten zu machen. So würden weniger Ueberprüfungen verfahren, weil dafür Lohnzuschläge gegeben werden müßten. Auch würden Arbeiter mit Rebenarbeiten beschäftigt, die gut noch weiter verschoben werden könnten. Und so weiter.

Die Unternehmer wollten die schweren Vorwürfe, die als Landesverrat bezeichnet wurden, nicht auf sich sitzen lassen. Der Bergarbeiterverband hat den Handelsminister telegraphisch gebeten, eine Untersuchung vorzunehmen. Es haben auch schon Besprechungen zwischen den in Frage kommenden Kreisen stattgefunden, bei denen gewünscht wurde, daß ein vertrauenswürdiges Zusammenarbeiten zwischen Berufs- und Belegschaftsvertretern erfolge. Es wurde als unheilvoll gerügt, daß die Unternehmer immer noch gern einen gewissen Abstand zwischen sich und den Arbeitern hielten, anstatt diese in sachlicher, vertrauensvoller Weise über kritische Betriebsverhältnisse aufzuklären. Geschehe das, dann würden weniger Mißtrauen und Mißdeutungen entstehen. Natürlich darf auch nicht voreilig von etwas Möglichen auf Wirkliches und Tatsächliches geschlossen werden.

Hoffen wir, daß sich die Dinge, soweit es zurzeit möglich ist, bald wieder einordnen, daß vor allem der Ausfall der Kriegsgefangenenarbeit durch geeignete Neueinstellung von entlassenen Soldaten wieder ausgeglichen werden kann. Darüber hinaus bleibt zu betonen, daß wir um so eher zu möglichst viel Sozialismus in der Wirtschaft kommen werden, je ertragreicher unsere Arbeit sein wird. Nicht umgekehrt!

### Lohnverhältnisse in der neuen Wirtschaftsordnung

Zur Frage der Arbeit haben wir in den letzten Wochen schon viele Zuschriften erhalten. Viele lebhafteste Anteilnahme unserer Verbandskollegen ist sehr erfreulich und wir werden danach trachten, die Zuschriften, soweit sie druckreif sind, so bald wie möglich abzurufen. Gleichwohl müssen wir wegen des Raummanngels die Entsendung bitten, sich etwas in Geduld zu fassen. Aus demselben Grunde müssen wir die Verfasser weiterer Zuschriften ersuchen, sich so kurz wie möglich zu fassen und vor allem Fragen keine langen Einleitungen zu schreiben. Schriftleitung.

#### Zur Arbeit auf den Werften.

Unzweifelhaft werden sich schon viele Kollegen unseres Verbandes abseits der Wasseranteile über die in den letzten 10 Jahren oft in zusammengeballter Kürze stattgefundenen Bewegungen auf den Werften gemunbert haben und leicht zu der Auffassung gelangt sein, die Werftarbeiter nähmen ungunsten der Familienkollegen eine Vortzugs-sonderstellung ein. Aber diesen Glauben werden viele Kollegen aus dem Binnenlande, die während des Krieges als Facharbeiter auf den Werften tätig waren, wohl nicht teilen. An ihnen liegt es, auf Grund ihrer Erfahrungen am eignen Leibe, sei es als gelernter oder ungelernter Arbeiter, dahin Aufklärung zu schaffen, daß die Lage der Werftarbeiter keine rosig ist und noch nie war.

Die Umgestaltung der politischen Lage hat auch die Werftarbeiter wieder auf den Plan gerufen. War doch ihre Lage während des Krieges, abgesehen von einer verschwindend kleinen Arbeiterzahl, eine geradezu trostlose. Im Gegensatz zu den Binnenbetrieben waren Löhne von 40 bis 60 M die Woche keine Seltenheit, dazu die Unsicherheit der Arbeit, die zum Teil in reine Willkür ausgartet war, eine ungeheure lange Arbeitszeit, fehlend die elementarsten Bedingungen der Hygiene. Groß ist die Zahl der Kollegen, die lieber wieder ins Feld gingen, als die Verhältnisse auf den Werften zu ertragen.

Der Zweck dieser Zeilen soll hauptsächlich der sein, einer Propaganda gegen die Arbeit in der Schiffbauindustrie das Wort zu reden, letzten Endes in unser Verbandsstatut wieder die Abschaffung der Arbeit aufzunehmen. Nehmen wir die Gefahren, die der Arbeiterschaft durch raffinierte Arbeitssysteme zur Ausbeutung der Arbeitskraft im Interesse des Profits drohen, so müssen wir uns sagen: fernerhin kann es nicht so weitergehen. Nicht uninteressiert ist daran die Gesamtmetallarbeiterchaft, wie auch die Arbeiterschaft aller anderen Industriezweige.

Nun wurde durch teilweises selbständiges Vorgehen der Werftarbeiterchaft und zuletzt durch Vergleich im Demobilisierungsamt zu Berlin die Arbeit auf der Werften aufrecht gestellt. Die Werftarbeiterchaft mußte sich zu, daß das böswillige Hintanhalten der Arbeitskraft des einzelnen nicht eintreten kann und darf, da allerdings dann die Grundlagen zu einer gesunden Produktion genommen wären und das Unternehmernargument, sie wären nicht konkurrenzfähig, anscheinend zu-

auch nicht arbeiten. Als Kniegelenk ist ein einfaches Schartlergelenk verwendet, das in einer Stahlgabel läuft und durch einen gefächerten Bolzen gehalten ist. Die mit dem Gelenkteil verbundene Hüfte verchiebt sich in einer äußeren Hülse und hat im Innern eine Spiralfeder. Durch diese Einrichtung wird beim Stehen durch die Schwerkraft des Körpers das Gelenk festgestellt und öffnet sich selbst-tätig durch den Druck der Feder beim Hochheben des Beines zum Schritt. Die beistehenden Zeichnungen erklären diesen Mechanismus einigermaßen.

Alle äußeren Söhnen, wie sie bei anderen Kunstbeinen im Gebrauch sind, kommen in Wegfall. Durch eine zweifelhafte Um-flechtung von Leder oder Zellulose wird die äußere Form dem natür-lichen Bein durchaus ähnlich. Das Gewicht dieses Kunstbeines ist verhältnismäßig gering. Trotz aller dieser Vorzüge kommt dieses Kunstbein, nach den Angaben des Erfinders, nicht so rasch als gewöhn-liche Kunstbeine. Da mit diesem Bein sofort das Gehen erlernt und es an den Stumpf angepaßt werden kann, fallen alle Ausgaben für Befestigungsmittel, mit denen gewöhnlich die Verletzten das Gehen erlernen, weg. Da nach den Verfügungen der Militärbehörden den betreffenden Kriegsteilnehmern je ein Kniegelenk und das eigen-tliche Kunstbein zur Verfügung gestellt werden soll, wäre es möglich, ohne daß höhere Kosten entständen, den Kriegsinvaliden zwei solcher Kniegelenke auszubilden. Bei Verbesserungen wäre dann der Kriegsschädigte in seinem Fortkommen in keiner Weise gehindert.

Im April dieses Jahres fand in Wien ein chirurgisch-ortho-pädischer Kongress statt, zu dem hervorragende Mediziner und Ortho-päden aus verschiedenen Ländern erschienen waren. Das dort ge-zeigte und von einem mit diesem Erfindglied ausgerüsteten Verletzten vorgeführte Kunstbein erregte durch seine Einfachheit und natürliche Beweglichkeit allgemeine Beachtung und die Vorführungen fanden den Beifall der Kongreßteilnehmer.

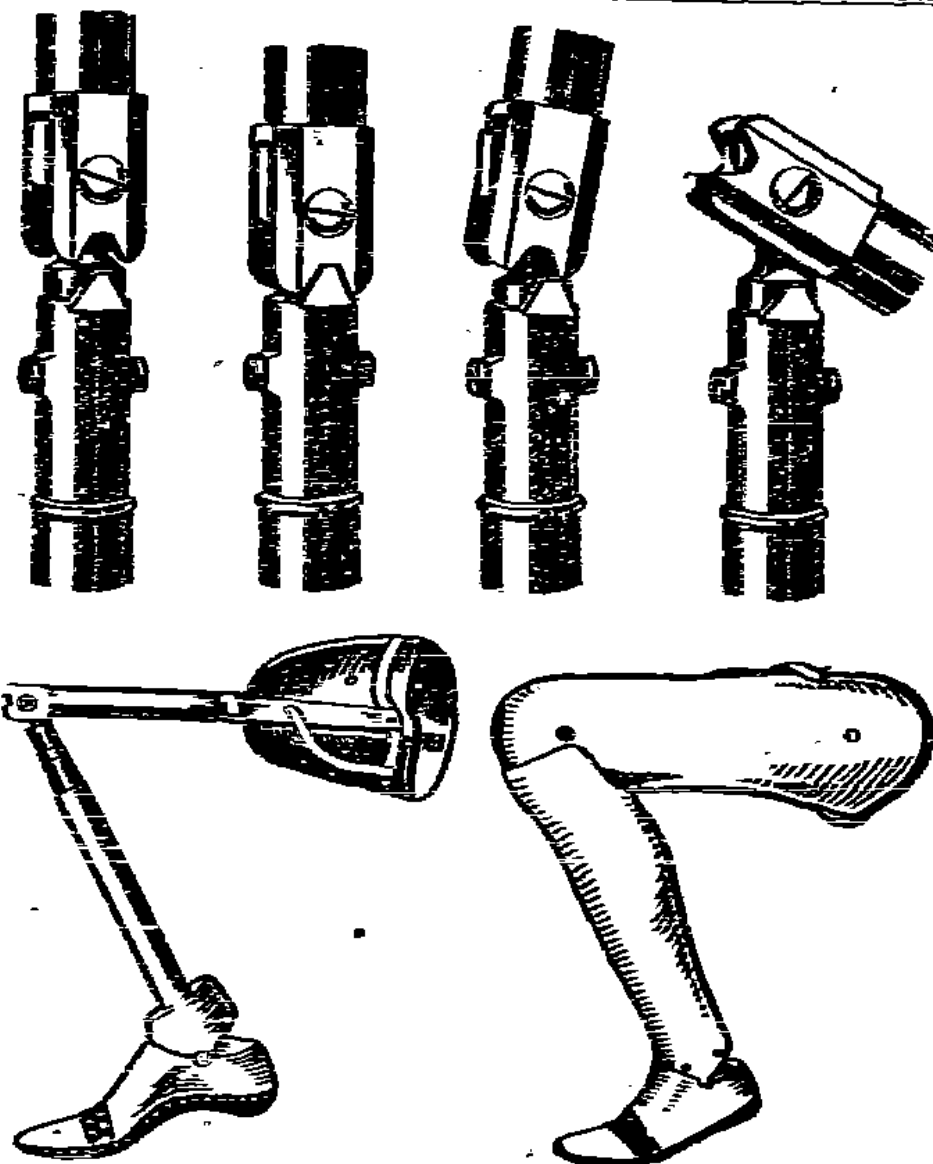
Dieses Kunstbein wird von einer Mainzer Firma fertig so ge-liefert, daß es jeder Bandagist dem Verletzten anpassen kann. Da es den beinverletzten Kriegsteilnehmern gestattet ist, sich ein be-stimmtes Kunstbein auszuwählen, machen wir unsere Kollegen auf dieses zweifelhafte und brauchbare Kunstbein aufmerksam.

### Ein neues künstliches Bein

Die Zahl schwerer Verletzungen in diesem Kriege ist eine überaus große. Trotz der außerordentlichen Erfolge der leistungsfähigen Hand-behandlung ist aber dennoch auch die Amputation verletzter Glieder immer noch sehr zahlreich. Dadurch ist aber auch die Herstellung und Vervollständigung von künstlichen Gliedern mächtig gefördert worden. Verschiedene Ausstellungen für Kriegsschädigtenleistungen, die in einigen Stoffjahren während der Kriegszeit veranstaltet worden sind, haben ein Bild vom Hochstand des künstlichen Gliedes vorläufiger Glieder gegeben. Durch ein Preisentscheidendes des Reichs deutscher Jugendvereine ist die Anregung zur Herstellung einer Anzahl künstlicher Glieder gegeben worden. Ein Kunstarm, der im wesent-lichen die natürliche Hand ersetzen kann, ist jedoch noch nicht her-gestellt. Die künstliche Hand ist ein natürliches Kunstglied von einer so vielfältigen Bewegungs- und Bewegungsvermögen, daß es als notwendig gelten kann, es werde niemals ein voll-wertiger Ersatz dafür geschaffen werden.

Wegen ist die Herstellung künstlicher Beine heute soweit vor-ge-schritten, daß sie nahezu an Vollendung gelangt. Die Stoffe, die bei der Herstellung künstlicher Beine benutzt werden, sind zähes, leichtes Holz, Leder; an die Söhnen und Gelenke bestehen aus bestem Stahl. Infolgedessen hat das neue künstliche Bein ein geringes Gewicht und große Haltbarkeit. Eine der wichtigsten Bedingungen eines kunstvollen Kunstbeines ist neben möglichstster Einfachheit große Zweckmäßigkeit. Diese Eigenschaften besitzt ein neues Bein, das von Oberarzt Dr. Schöfer in Mainz erfunden wurde. Das Kniegelenk dieses künstlichen Beines ist beim Gehen frei beweg-lich und beim Stehen festgehalten. Ein Einhalten im Sinne, das im den Lagen des Kunstbeines möglich ist und gefährlich werden kann, ist beim Schöpfer des Beines unmöglich. Dessen Träger tritt mit diesem Kunstbein jederzeit auf, ohne damit den Stumpf und hat einen leichten Gang. Das Kunstbein kann sofort getragen werden, wie das gesunde; der Träger kann leicht und völlig losen und beschä-

\* Dieser Kunstarm zeigt Ähnlichkeit mit schon vor einigen Monaten erschienenen. Die Hauptstelle beizubehalten dies jedoch.





Christlichen durch ihre Anträge diese Aufbesserung erzielt hätten. Wer hat denn früher die Anträge auf Erhöhung der Einkommen, die Ver- kürzung der Arbeitszeit usw. abgelehnt? Es war doch die den Christlichen so nahe stehende Zentrumregierung. Wir fragen ferner: Wer hat den Pfaffenarbeitstag zur Einführung gebracht? Wer hat sich um die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter angenommen? Etwas nicht die neue Regierung? Wer wird auch in Zukunft das Wohl der Staatsarbeiter wie über- haupt des ganzen arbeitenden Volkes am besten vertreten? Doch nur diejenigen, die seit Jahren programmatisch die Verbesserung der Lebenshaltung der Volksschichten anstreben und einen Teil dieses Programms bereits verwirklicht haben. Also, Berg- und Hüttenarbeiter, die Augen aufgemacht! Weist den Wölfen im Schafspelz die Lüge, wenn sie den Versuch machen, die Arbeiterschaft gegen die neue Ord- nung und die neuen Männer aufzuheben. Wir sind überzeugt, daß, wenn sich die Verhältnisse konsolidiert haben, wir nicht so lange Zeit wie unter der Zentrumregierung benötigen, um auch den Staats- arbeitern das zu geben, was sie rechtlich zu beanspruchen haben. Ueber den „riesigen“ Aufschwung ein andermal.

Die christlichen Volksbeglücker.

Während der Dauer des Krieges waren durch den zwischen den Gewerkschaften abgeschlossenen Burgfrieden die „christlichen“ Ge- werkschaften gezwungen, eine mit den freien Gewerkschaften in Ein- lang stehende Arbeiterpolitik zu betreiben. Jetzt scheint sich die wahre Seele der Christen schon wieder zu entpuppen. Folgender geradezu hankebüchener Fall wird uns mitgeteilt:

In der Maschinenfabrik von Meurer in Leutkirch wird bis- her 8 Stunden gearbeitet (entgegen der Verfügung des Arbeits- ministeriums, die ja eine längere als 8stündige Arbeitszeit nur aus- gang bestimmten Gründen erlaubt). Da erscheint nun der während des Krieges aufgetauchte, trotz seiner kurzen Tätigkeit aber in den Kreisen der Metallarbeiter schon sattem bekannte Gewerkschaftssekretär des Christlichen Metallarbeiter-Bandes, Spindler von Ulm. Er und der Fabrikant bearbeiten nun die Leute nach allen Regeln der Kunst und zwingen sie schließlich zuzustimmen, daß täglich 9 Stunden gearbeitet wird. Zugleich verpflichtet sich dieser laubere „Ar- beitervertreter“, beim Arbeitsministerium dafür einzutreten, daß die Erlaubnis zur 9stündigen Arbeitszeit erteilt wird.

Um ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Am 15. November 1918 verhandelten wir und die christlichen Gewerkschaften mit den Organi- sationen der Metallindustriellen Süddeutschlands und traten für den achtstündigen Normalarbeitstag ein; nach kaum vier Wochen ver- pflichtete sich ein christlicher Gewerkschafts- sekretär, für den neunstündigen Arbeitstag bei der Regierung nachzusuchen, trotzdem dieser Herr wissen muß, daß vom 1. Januar 1919 an der gesetzliche Arbeitstagen- tag eingeführt ist. Sein Arbeiterverrat wird ja ohne Zweifel für die Arbeiter an sich belanglos sein. Euch Arbeitern der Metallindustrie aber rufen wir zu: Heraus aus den „christlichen“ Organi- sationen, hinein in die freien Gewerkschaften! D. R. B.

Vom Ausland

Ungarn.

Maschinen. Der Ausschuss des seit 34 Jahren bestehenden Ver- bandes hat beschlossen, in diesem Jahre eine außerordentliche General- versammlung einzuberufen und auf die Tagesordnung den An- schluß als besondere Sektion an den Zentralverband der ungarischen Eisen- und Metallarbeiter zu setzen.

Skandinavien.

Formerkonferenz. Im Anschluß an den Verbandstag der schwedischen Formier, über den wir in Nr. 49 vom vorigen Jahre be- richtet haben, fand in Stockholm am 22. und 23. September eine skandinavische Formierkonferenz statt. Auf der Tages- ordnung standen: 1. Ein norwegischer Vorschlag über die Rechte der überarbeitenden Mitglieder. 2. Änderungen im Unterstützungsvertrag. 3. Nachprüfung der Vollmachten des skandinavischen Formierse- kretärs. Zum ersten Punkte ist zu bemerken, daß nach den bisherigen Abmachungen die neuangeworbenen dänischen Formier in Norwegen bei der Meisterprüfung sich besser stellen als die jungen norwegischen Kollegen, von denen die norwegischen Verbände verlangen, daß sie 50 Wochenbeiträge bezahlt hätten. Diese Ungleichheit machte sich besonders unangenehm bemerkbar, nachdem infolge der Leuzerung die Unterstützung auf täglich 4 Kronen erhöht worden war, zumal da der Staat nur für solche Ausländer den Zuschuß zur Unterstützung zahlt, die sich schon ein ganzes Jahr in Norwegen aufhalten. Gegen stellen sich die dänischen Formier auf den Standpunkt, daß die bis- herige Regelung den Verträgen entspreche, die fast zwischen allen europäischen Metallarbeiterorganisationen abgeschlossen worden sind. Einer Veränderung könnten die dänischen Vertreter ohne Ermächtigung durch ihren Verbandsvorstand nicht zustimmen. Im übrigen bedürfte es keiner Vertragsänderung, da der norwegische Formier-Berband das Recht habe, durch Änderung seiner Gesplogenenheiten das Beschäftigte herbeizuführen. Trotz längerer Aussprache war keine Einigung mög- lich und die Sache wird zunächst auf dem in diesem Jahre statt- findenden Verbandstag der norwegischen Formier behandelt werden müssen.

Zwischen den skandinavischen Formierverbänden geltende Ver- träge wegen gegenseitiger Unterstützung bei großen Kampfen läuft schon seit dem 1. Januar 1907 und ist seitdem nicht geändert worden. Nach diesen Verträgen sollten, wenn ein oder zwei von den beteiligten Verbänden in Kampf geraten, die Mitglieder der nicht im Kampfe stehenden Verbände eine wöchentliche Unterstützung ausbringen, deren Größe sich nach der Zahl der im Kampfe stehenden Kollegen richtete. Diese Regelung war verhältnismäßig günstig für die größeren Verbände, belastete die kleineren jedoch stark, wenn die größeren im Kampfe standen. Jetzt wurde ein neues Abkommen getroffen, wonach die Verbände für Kampfszwecke beieinander eine Mitgliederzahl zur gegenseitigen Unterstützung vereinbaren, die der Gesamtmitgliederzahl des kleinsten Verbandes gleichkommt.

Zur Prüfung der Vollmachten des skandinavischen Formier- sekretärs ist nur zu bemerken, daß es sich um eine Jahresprüfung der Bestimmungen handelt, die auch der Errichtung des Sekretariats im Juli 1908 im Laufe der Zeit nun hinzukommen.

Frankreich.

Der französische Gewerkschaftsbund. Die Nationalkonferenz der französischen Gewerkschaften vom 15. und 16. Dezember nahm die von dem skandinavischen Gewerkschaftsbund an. Es findet nunmehr der erste so- zialistische Bundestag statt, auf der die Verbände und die einzelnen Gewerkschaften direkt vertreten sein müssen. Eine päpstliche Per- sonenliste bildet das neue Konföderationsorgan. Als Generalsekretär der Konföderation wurde Komarow Souhary wiedergewählt. Als weitere Sekretäre wurden die Russen- und Spanier, Dumasia und Laurent bestimmt; als Kassiere die Amerikaner Calabrac und Roumaie. Der Antrag für die Konföderation wurde auf 20 Franken für je- diesen Beitrag an die Zentralstelle abgelehnt.

schafflichen Konferenz zur Regelung dieser Angelegenheit nach Elfa- Nothbringen delegiert.

In dieser Sitzung wurde eine Entschlieung einstimmig an- genommen, in der von den interalliierten Regierungen die Ermög- lichung zur Ausübung des Wahlrechts für die deutsche Nationalver- sammlung in den besetzten Gebieten gefordert wird. Desgleichen protestiert die Konföderation gegen die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in den besetzten Gebieten durch Ententruppen.

Wahlverweigerung zur internationalen Konferenz. Die Regierung Clemenceau hat zu der für Monat Januar beabsichtigten internati- onalen Arbeiterkonferenz zu Lausanne den Partei- und Gewerkschafts- vertretern wiederum die Waffe verweigert. Clemenceau fühlt sich durch den Sieg so sicher, daß er keine Rücksicht auf Arbeiterwünsche zu nehmen braucht. Auch den angebotenen Generalstreik fürchtet er nicht. Im Gegenteil. Vielleicht ist es überhaupt seine Absicht, diesen heraus- aufzudrängen, um erst recht seine Macht gegenüber der Ohnmacht der französischen Arbeiterorganisationen zu beweisen.

Es bleibt abzuwarten, was Partei und Gewerkschaften auf diese Herausforderung unternehmen. Daß diese unwürdige Freiheits- beschneidung jedem organisierten französischen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treibt, ist selbstverständlich. Ob aber für große Massen- protestbewegungen schon die Zeit gekommen ist, bleibt zweifelhaft. Noch herrscht die Zensur in schärfster Weise, noch besteht das Verbot der Versammlungsfreiheit und der Belagerungszustand, und da ist es den französischen Arbeitern schwer, gegen die Regierung zu mani- festieren.

Clemenceaus Absicht ist es — dies geht aus seinem neuesten Ver- bote hervor —, jeden Einfluß der Arbeiter auf die Friedensverhand- lungen zu unterbinden. Und deshalb werden im „demokratischen“ Frankreich auch die verfassungsmäßigen Zustände erst wieder her- gestellt werden, wenn Clemenceau Friedensbedingungen durchgesetzt hat, die den Wünschen der herrschenden Kapitalistenkreise Frankreichs entsprechen. Dann wird er großzügig den französischen Sozialisten und Gewerkschaften Gelegenheit zu papierenen Protesten geben. W. D.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G. Hamburg.)

Die neuen Satzungen treten am 1. Januar 1919 in Kraft und sind, nebst Maxlen für die neuen Klassen usw., an alle Filialen ver- sendet, soweit dies möglich war. Diejenigen Filialen, welche in dem vom Feinde besetzten Gebiet liegen, müssen sich gedulden, bis es mög- lich ist, auch ihnen das Nötige zukommen zu lassen. Sollte irgendeine Filiale die Sendung nicht erhalten haben, trotzdem Postsendungen nach dort zugelassen sind, so wird dieselbe aufgefordert, sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren.

Bedauerlicherweise ist bei dem Druck der neuen Satzung insofern ein Versehen vorgekommen, als die Absätze 5 und 6 des § 16 fehlen; dieselben lauten:

- 5. Die Wiederanmeldung bei einer örtlichen Verwaltung oder beim Sozialamt muß spätestens innerhalb sechs Wochen erfolgen.
6. Mitglieder, welche zuviel erhaltenes Krankengeld nicht gleich nach erfolgter Aufforderung respektive nach Zustellung des Schieds- spruches zahlen, haben so lange den doppelten Wochenbeitrag zu ent- richten, bis das zuviel erhaltene Krankengeld gedeckt ist. Schuldet ein Mitglied diesen Beitrag über acht Wochen, so kann der Aus- schluß nach § 5 Abs. 2 Buchstabe b erfolgen.

Sie kommen allerdings nur in seltenen Fällen in Betracht. Trotz- dem werden wir den Filialen einzelne Absätze dieser Absätze zufellen, damit sie dieselben gegebenenfalls in die Satzung einleiten können. Der in § 7 Abs. 7 der Satzung für den Beitritt und Uebertritt zur 1. und 2. Klasse geforderte Nachweis ist an die Hauptverwaltung einzusenden. Soweit dieses nicht möglich ist, muß eine entsprechende Erklärung erfolgen. Hamburg, 31. Dezember 1918. Mit Gruß Der Vorstand.

Eingegangene Schriften

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik. Unter dieser Bezeichnung ist soeben ein Leitband durch die wichtigsten Ver- ordnungen und Gesetzesbestimmungen, die während der Revolution von Behörden der neuen Volksrepublik erlassen worden sind, erschienen. Diese Sammlung ermöglicht jedem, sich schnell zu informieren in den zahlreichen Bestimmungen über Entlassung und Beschäftigung der bis- her Heerespflichtigen, über die rechtliche Stellung, die Aufgaben und Befugnisse der Arbeiter-, Soldaten-, Betriebs- und Bauernräte und den Wahlverfahren für diese, sowie in den vielen Verordnungen, die sich auf das Wirtschafts- und Erwerbsleben beziehen. Die Schrift ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Der Preis beträgt 1.4.

Das Wahlgesetz zur verfassunggebenden deutschen National- versammlung ist soeben in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Der Preis beträgt 30 S. Gegen Ein- sendung von 40 S. erfolgt freie Zusendung.

Soll Deutschland ein Zollhaus werden? (Hauptfragen zur Re- volution.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 16 Seiten. Preis 15 S., bei Ein- sendung von 20 S. an den Verlag freie Zusendung. — Diese Schrift knüpft an das bekannte Wort Kautskys an und wendet sich scharf gegen den Volkswahnsinn. Sie besteht aus folgenden Abschnitten: 1. Raube oder Verantw. 2. Achtundzwanzig oder Rullpandant? 3. Streit gegen die soziale Republik? 4. Auch kein Finanzkollaps.

Stylian Reiser: Arbeiterfragen und Völkergemeinschaft. Zürich 1918. Druck und Verlag: Art. Institut Orell Gösli 157 Seiten. Preis gebunden 7 Franken, gebunden 10 Franken. — Zusammenstellungen über den Stand des Arbeiter- schicksals und der Arbeiterverföhrung in den verschiedenen Staaten sind schon wiederholt in unserm Interesse worden und Deutschland hat dabei nicht zuletzt abgesehen, so sehr die Arbeiterverföhrung und der Arbeiterkampf unter der monarchischen Regierung bei uns auch noch zu wünschen übrig ließen. Besonders war dies der Fall, wenn ein Deutscher eine solche Zusammenstellung machte, denn es darauf an, das verfallene Deutsche Reich zu verberzlichen. Eine solche Mühsal hat der Verfasser des vorliegenden Buches jedoch nicht. Er bemüht sich, jedem Staate gerecht zu werden und auch dabei schneidet Deutsch- land nicht fehlend ab. Er strebt aber außerdem noch danach, die Unterlagen zu liefern für die internationale Regelung des Arbeiter- schicksals beim Friedensschlusse. In der Einleitung weist er hin auf die Lösung der wegehenden Kriegsschulden und auf die Erhebung der Arbeiterfrage über den Stand des Arbeiterkampfes und der Arbeiter- verföhrung in den verschiedenen Staaten. Sodann unterteilt er die Möglichkeiten der Anschauung des Arbeiterkampfes ins Völkergesetz. Dabei wendet er sich gegen die Behauptungen, nach Friedensschlusse wöge den Völkergesetz ein Verzicht auf die Forderungen, nach Friedensschlusse wöge den internationalen Arbeiterkampf nach dem Kriege die drohenden Klassen- kämpfe verhalten wöge. Darauf ist soviel anzuführen, daß nach dem Kriege es den Unternehmern aller Länder daran liegen muß, die Arbeiterfrage zu lösen. Das wird aber nur möglich sein, wenn den Ar- beiter internationalen Ansehen des Arbeiterkampfes ohne Zweifel er- leichtert. Wir hoffen, daß diese Zusammenstellungen nicht entfallen können. Mit besonderem Interesse werden wir die künftigen Aufgaben des internationalen Arbeiterkampfes schließt das Buch. Als Lehrgang enthält es die gemein- schaftlichen Arbeiterkampfprogramme von Leeds und Bern. Für den

der sich über den internationalen Ausbau des Arbeiterkampfes unter- richten will, bietet dieses Buch eine vorzügliche Anleitung. Sein Wert wird durch die darin enthaltenen Literaturnachweise noch gesteigert.

Was ist Sozialismus? Ratgeber zum Studium seiner Lehren. Von Anna Frey. Wien 1918, Verlag der Wiener Volks- buchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI. 23 Seiten. Preis 30 Heller. — Eine treffliche kleine Schrift, die sehr wohl ge- eignet ist, solchen zum Leitfaden zu dienen, die bisher wenig vom Sozialismus wußten und sich mit dessen Schrifttum vertraut machen wollen. Sie ist allerdings auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten. Eine solche Schrift für die Reichsdeutschen wäre ebenfalls notwendig.

Zur Beachtung für alle, die an die Metallarbeiter-Zeitung schreiben.

- 1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Schriftleiters und deine eigene. Dein Grundsatz sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit guter, schwarzer Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Lasse zwischen den Zeilen mindestens einen Raum von der Breite einer Zeile, damit die nötigen Berichtigungen angebracht werden können. Wenn du mit der Schreibmaschine schreibst, so muß der Zwischenraum mindestens drei Zeilen breit sein.
5. Schreibe nur auf schmalen, höchstens 15 1/2-nimeter breites Papier.
6. Verwende zum Maschinenschreiben nur solches Papier, auf das man auch mit Tinte schreiben kann.
7. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Wochen- und Montagstag. Dies ist bei Einsendungen an die Metallarbeiter- Zeitung, die nur einmal wöchentlich erscheint, besonders not- wendig.
8. Verbessere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
9. Schreibe du etwas ab, so vergleiche es gewissenhaft mit der Urchrift, denn nach alter Erfahrung werden beim Abschreiben mehr Fehler gemacht als mancher glaubt.
10. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerreißen und an die Geher verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Verschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen not- wendiger Verbesserungen vollständig abgeschrieben oder wegen Ver- lassung des Schriftleiters getrichen werden muß.
11. Gib der Schriftleitung in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Wohnung an. Namenlose Zuschriften kann die Schriftleitung nie berücksichtigen.
12. Es sind zu richten:
Mittelungen wegen Fernhaltung des Junges und Änderungen des Adressenverzeichnis an den Vorstand des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötelfstraße 16 a;
Berichte und sonstige Beiträge, die in der Metallarbeiter- Zeitung veröffentlicht werden sollen, ferner Bekanntmachungen, Organisations- und Nachrichten über Sterbefälle an die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötelfstraße 16 b, und niemals nach Berlin, Claffer Straße 86—88;
Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Verkaufsstelle in Stuttgart, Rötelfstraße 16 b, oder in Berlin N., Claffer Straße 86—88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Verkaufsstellen zugeteilt worden ist;
Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart, Rötelfstraße 16 b.
Mittelungen an die Schriftleitung oder an die Verkaufsstellen sub- niemals Sendungen beizulegen, die für den Verbandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzuschicken.
13. Richte Sendungen für die Schriftleitung niemals unmittelbar an einen der Schriftleiter, sondern schreibe stets: An die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötelfstraße 16 b.
14. Lege Sendungen an die Schriftleitung niemals den Sendungen bei, die für den Vorstand, den Verlag oder den Verlag bestimmt sind, sondern sende sie stets für sich allein.
15. Sämtliche Zuschriften müssen mit dem großen Stempel der Verwaltungstelle versehen sein. Wenn in den Zuschriften Per- sonen beauftragt werden, so sind stets Zeugen namhaft zu machen, die auch vor Gericht die Richtigkeit der Angaben beschwören können. Zuschriften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, können nicht berücksichtigt werden.
Die genaue Befolgung dieser Ratsschlüsse liegt im wohlverstan- denen eigenen Vorteil der Absender. Befolgen diese die Ratsschlüsse nicht, so haben sie es nur sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Sen- dung nicht in der von ihnen gewünschten Weise erledigt wird.

Verbands-Anzeigen

- Mitgliederveranstaltungen.
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)
Samstag, 18. Januar:
Schmidt, C.-L. Gold. Adler, halb 9.
Freitag, 24. Januar:
Deffau, Volkshaus „Livoli“, 7 Uhr.
Generalversammlung, Berichte und Neuwahlen. Beschluß der Ver- trauensmänner betreffs Anstellung eines Kassierers.
Samstag 25. Januar:
Apolda. Vorwärts, halb 8 Uhr.
Sonntag, 26. Januar:
Lambach. Ratsheller, 3 Uhr.
Bekanntmachungen der Orts- verwaltungen u. dergl.
Effen. Die hiesige Verwaltungstele- sucht zum baldigen Eintritt einen ersten Gehaltsfähiger. Ge- rechnet wird auf eine erfindliche Kraft, die zugleich den Posten des ersten Bevollmächtigten zu bekleiden hat. Gehaltsbedingungen: Bezie- hungslos. Nebenamtliche Gewand- heit und Herrschaft mit allen schriftlichen Arbeiten ist Bedingung. Kollegen, die einen solchen Posten schon bekleidet haben, werden ge- geben, ihre Bewerbung an den zweiten Bevollmächtigten Eduard Koch, Metallarbeiterclub, Graben- straße 67, 2, bis zum 28. Februar gelangen zu lassen.
Effen. Wegen der Wahl unseres Kassierers zum Arbeitervertreter suchen wir zum baldigen Eintritt einen tüchtigen Kassierer. Ge- rechnet wird nur auf eine erste Kraft mit mindestens fünfjähriger Organisationszugehörigkeit. Gehalt nach freier Vereinbarung mit Be- zugsverhältnis. Bewerber mögen ihre Zuschriften richten an den Kollegen Eduard Koch, Effen, Grabenstr. 67, 2, bis zum 1. März. Effen. Als Beamter für Agitation- und Bureauarbeiten für die hiesige Verwaltungstele wurde der Kollege Karl Saager (Effen) gewählt. Allen übrigen Bewerbern her- lichen Dank.
Welsch (Rheinl.). Die hiesige Ver- waltungstele sucht zum baldigen Eintritt einen weiteren Gehalts- fähiger für Agitation. Gerechnet wird auf eine durchaus tüchtige Kraft, welche mit der Agitation und den Verwaltungsgeschäften vertraut, sowie rednerisch begabt sein muß. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer Generalversammlung. Bewerbungsunterlagen aus örtlichen Mitteln wird zugesichert. Voraus- setzung für die Bewerbung ist fünfjährige Mitgliedschaft. Kollegen, welche solche oder ähnliche Stellen mit Erfolg bekleiden, erhalten den Vorzug. Aus der Bewerbung muß hervorgehen: Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit so- wie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Die Bewer- bungen, welchen ein kurzer Aufschuß über die Tätigkeit eines Agitations- beamten beizulegen ist, sind spätes- tens bis zum 30. Januar an den Kollegen Hugo Wödder, Welsch (Rheinl.), Poststr. 61, zu richten.
Werdau. Das Bureau ist geöffnet an den ersten fünf Wochentagen von 11 bis 1 Uhr. Dienstag, Mit- woch und Freitag von 4 bis 6 Uhr. Sonntags von 10 bis 3 Uhr. Sonntags geschlossen. Alle Zu- schriften sind zu richten an Diet- rich Rüter, Friedauer Straße 14.
Esterben.
Korwanow, Potsdam. Richard Schwerdt (187).
Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötelfstraße 16 B.